bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 05 | 02. März 2007

Rechte Szene 2

Wackeliger Pakt
Die NPD-Kandidaten in Bremen haben der DVU-Führung nicht gefallen.

„Leistungsabzeichen“ mit Rune
Die braune Szene trifft sich alljährlich in Vorpommern zum so genannten „Tollensemarsch“.

Gezielte Einschüchterung
Neonazis outen und bedrohen ihre politischen Gegner.

Coup gegen Neonazi-Band
Tonträger mit antisemitischem und beleidigendem Liedgut beschlagnahmt und auf den Index gesetzt.

Seriöses Erscheinungsbild
In einem internen Strategiepapier werden den NPD-Aktivisten Verhaltensregeln vorgegeben.

Grauzone 6

„Politische Wirrköpfe“
Eine Ansammlung von dubiosen Gesundbetern und Fanatikern des Deutschen Reiches.

Seitenblick 7

Drohung mit juristischer Keule
Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens rufen die Bürger Sachsen-Anhalts auf, am 22. April zur Wahl zu gehen, um Erfolge der Rechtsextremen zu verhindern.

Demokratische Initiativen 8

Ein „Querschnittsthema“
Der Kampf gegen Rechtsextremismus als „Kernbereich des Selbstverständnisses der Gewerkschaften“.

Ausland 9

„Stimme des Blutes“
Neonazi-Aufmarsch zum „Tag der Ehre“.

Rezension 9

Gedächtnis der Lebenden
Eine Darstellung der Geschichte zweier jüdischer Friedhöfe in Berlin.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Beteiligung am Holocaust
Die Kollaboration mit den NS-Besatzern war in den drei baltischen Staaten weitreichend.

Meldungen 11

Rechte Szene

Wackeliger Pakt

Die NPD-Kandidaten in Bremen haben der DVU-Führung nicht gefallen.

Ausdrücklich vereinbart war es im Deutschland-Pakt beider Parteien nicht, dass bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft im Mai auch NPD-Vertreter auf der DVU-Liste kandidieren. Dass nun aber nicht einmal für die Wahl der lokalen Ortsbeiräte NPDler auf dem Ticket der DVU antreten sollen, sorgt für Ärger bei jenen in der NPD, denen das Bündnis mit dem Münchner Verleger schon immer ein Dorn im Auge war.

Glaubt man Berichten aus dem „Störtebeker-Netz“ und aus Internetforen, dann hat ein Landesparteitag der DVU Mitte Februar sämtliche NPD-Bewerber durchfallen lassen. Abgelehnt wurden demzufolge der Kreisvorsitzende von Bremen-Stadt, Jörg Wrieden, sein früherer Stellvertreter Lutz Henze und NPD-Kreisjugendreferent Sascha Humpe. Nicht akzeptiert wurden zudem Gabriele und Louisa Yardim, die auch NPD-intern heftig umstritten sind: Gabriele Yardim war mit einem türkischen Mann verheiratet; aus dieser Beziehung stammt die Tochter Louisa. Kein guter Background für ein Engagement in der NPD.

Störtebeker zufolge hatte die DVU noch im vorigen Jahr zugesagt, dass NPD-Mitglieder für die Ortsbeiräte kandidieren könnten. Nun jedoch habe die Frey-Partei die NPD-Kandidaten als für eine „Bürgerpartei“ nicht würdig befunden. Eine entsprechende Weisung sei direkt aus München gekommen und an die Delegierten weitergegeben worden. Das Feld ist eröffnet für Spekulationen. „Der freye Doktor in München hat ‘seiner’ DVU per Aus- und Abgrenzungsbeschlüssen schon lange vor dem ‘Deutschlandpakt’ klar vorgegeben, welche Kameraden er bei sich nicht dulden will, dazu gehören beispielsweise weder Skins noch Freie Kameradschaften“, heißt es in einem Forum. Und tatsächlich dürften – so gesehen – Wrieden, Henze und Humpe schon von ihrer Haartracht her nicht das Gefallen des DVU-Chefs gefunden haben.

Eine andere Spekulation gibt Störtebeker wieder: „Böse Zungen behaupten, dass die Aufstellung der NPD-Kandidaten absichtlich so erfolgte, um eine Ablehnung durch die DVU förmlich zu provozieren.“ Überraschen würde das im Fall Bremen nicht. Im Oktober 2005 hatte der NPD-Landesvorsitzende Horst Görmann den Deutschland-Pakt in Frage gestellt. Er verbreitete eine Pressemitteilung zum Thema Bürgerschaftswahl, in der von der DVU mit keinem Wort die Rede war. Statt dessen hieß es, es werde Zeit, dass „endlich wieder eine nationale Partei in das bremische Länderparlament einzieht.“ Darauf bereite sich die Bremer NPD vor. Görmann sehe „gute Chancen, bei einem Wahlantritt in das Parlament einzuziehen“, nachdem die Bremer NPD bei der Bundestagswahl 2005 ihr Ergebnis vervierfacht habe. Kaum stand diese Meldung auf der Homepage des Landesverbandes, da war sie auch schon wieder verschwunden. Ob es dazu einer Intervention der Berliner Parteispitze bedurfte, ist nicht überliefert. Bekannt ist aber, dass Landes- und Bundesvorstand seit Jahren zerstritten sind. Dass die renitenten Bremer sich nicht auf den DVU-Listen präsentieren können, dürfte Voigt & Co. nicht besonders stören. Jedenfalls nicht so sehr, dass sie dafür einen Konflikt mit Frey in Kauf zu nehmen bereit wären.

Andernorts hatte die NPD-Spitze schon ernsthaftere Brände in Sachen Deutschland-Pakt löschen müssen. Parteivize Peter Marx zum Beispiel ließ im Sommer die „Berliner Zeitung“ wissen: „Sollte die NPD ein gutes Wahlergebnis am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern erzielen, dann müssen wir mit der Deutschen Volksunion darüber sprechen, ob nicht wir anstelle der DVU im Jahr 2009 zur Wahl in Thüringen antreten.“ Anschließend musste er versichern, selbstverständlich stehe die NPD zu den Vereinbarungen mit der DVU. Und auch Marx’ Vorstandskollege Klaus Beier, Bundespressesprecher und NPD-Vorsitzender in Brandenburg, musste wiederholt beteuern, auch sein Landesverband, der seine Aktivitäten im DVU-„Stammland“ Brandenburg deutlich ausbaut, wolle den Deutschlandpakt einhalten. Spätestens die Landtagswahl in Thüringen, wo die DVU antreten soll, wird zur Nagelprobe für die Belastbarkeit des Paktes. Die Suhler Tageszeitung „Freies Wort“ notierte Anfang Februar, gestützt auf Informationen des Verfassungsschutzes: Die Bereitschaft der NPD, sich an die Abmachung zu halten, bröckele. Bis hinein in den Thüringer Landesvorstand gebe es intensive Debatten, ob die NPD nicht doch selbst antreten solle. *Tomas Sager*

„Leistungsabzeichen“ mit Rune

Die braune Szene trifft sich alljährlich in Vorpommern zum so genannten „Tollensemarsch“.

Der Neubrandenburger Polizeisprecher zeigte sich wenig begeistert von der Aussicht, dass Journalisten zum ersten Mal über den so genannten „Tollensemarsch“ der Neonazi-Szene in Vorpommern berichten wollten. Er blaffte ins Telefon: „Sie wissen, dass wir Sie hier nicht gerne sehen, Sie bieten denen doch nur ein Podium.“ Stillschweigend war in den letzten Jahren zur Kenntnis genommen worden, dass über 100 Neonazis jeweils am letzten Februarwochenende die knapp 40 Kilometer um den See marschierten. Zum „4. Tollensemarsch“ hatten der neue Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, David Petereit, sowie der „Kulturkreis Mecklenburg-Strelitz“ geladen. „Heil Euch!“ hieß es in der Einladung, 2006 hätten 130 Kameraden und Kameradinnen teilgenommen und nur drei seien „auf der Strecke geblieben“. Wer das begehrte „Leistungsabzeichen“ mit Rune erringen wollte, hatte zunächst eine Startgebühr auf das Konto des Anführers der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF) zu überweisen.

Bei eisiger Kälte versammelten sich am 24. Februar nur rund 80 Neonazis am Treffpunkt Araltankstelle in Neubrandenburg, um dann etwa gegen 10.00 Uhr vom Augustabad direkt am See in Richtung Stadtmitte zu starten. Die Teilnehmer kamen unter anderem aus Ostvorpommern, Ueckermünde, Rostock und dem Oberhavelkreis, einige von ihnen trugen schwere Rucksäcke und Militärkleidung. Polizeikräfte waren direkt am Startpunkt nicht zu sehen. Vor dem Wassersportzentrum, wo sich NDR-Mitarbeiter aufgestellt hatten, sammelten sich auch Polizisten, sie stiegen jedoch erst gar nicht aus den Fahrzeugen. Währenddessen fuhren David Petereit und andere Rechtsextremisten die Strecke immer wieder mit ihren Autos ab.

Die Rechtsextremisten ließen es sich nicht nehmen durch das ehemalige nationalsozialistische „Musterdorf“ Alt-Rhese mit seiner damaligen Reichsärzteführerschule zu wandern. „Haus Schlesien – erbaut im Jahre 3“ steht zum Beispiel an einem der schmucken, renovierten Reetdachhäuser, die sie passieren sollten. Ausgangszeitpunkt für diese spezielle Zählung ist 1933, das Jahr der Machtergreifung Adolf Hitlers. Neonazi-Checker fuhren den Ort immer wieder ab. Aber es war alles ruhig in Alt-Rhese. Von Protest oder Polizei keine Spur. Überhaupt schien sich niemand über die Grenzen der kreisfreien Stadt Neubrandenburg hinaus mehr für den Neonazi-Geländemarsch zu interessieren. So konnten junge Nazis ungestört alten Werten huldigen und wurden am Ziel mit einer warmen Suppe belohnt.

Andrea Röpke

Gezielte Einschüchterung

Neonazis outen und bedrohen ihre politischen Gegner.

Die im thüringischen Apolda lebende Zahnärztin Andrea Stiede ist ins Visier von örtlichen Rechtsextremisten geraten. Ihr Name stand auf einem Flugblatt, das die „Kameradschaft Apolda“ in großer Auflage verteilt hat. Sie und zwei weitere dort namentlich genannte Frauen hatten sich in der Vergangenheit im „Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimarer Land“ gegen die rechten Aktivitäten engagiert.

Deshalb solle ihnen „die Position der Kameradschaft näher gebracht“ werden, heißt es im Flugblatt der Neonazis. Schon im Januar waren bei Stiede Fensterscheiben eingeschlagen worden. Mittlerweile hat sie gegen die Verfasser des rechten Pamphlets Strafanzeige wegen Verleumdung und Hetze gestellt. Staatsanwaltschaft und Staatsschutz prüfen zur Zeit noch, ob die Flugschrift strafrechtlich relevant ist. Auch die „Thüringische Allgemeine“ berichtete mehrfach, dass die rechten Gruppen in dem Bundesland immer aggressiver würden und auch vor Bedrohung und Gewalt nicht zurückschreckten. Die „Kameradschaft Apolda“ sowie die „Braune Aktionsfront Apolda“ (BAF) werden zu den zur Zeit aktivsten Gruppierungen im rechtsextremen Milieu des Bundeslandes gezählt.

Auch in Nordhessen sind Rechtsextremisten vermehrt dazu übergegangen, ihre Gegner gezielt zu outen. Wie die „Frankfurter Rundschau“ (FR) berichtet, widmet sich die rechtsextreme Szene

unter dem Stichpunkt „Anti-Antifa“ gezielt der Datensammlung. Fotos, Namen und Anschriften von Nazigegnern werden im Netz veröffentlicht. Dazu gehören die Mitglieder des Kreisschülerrates Schwalm-Eder-Kreis sowie eine Lehrerin. Sie hatten kürzlich ein Seminar gegen Rechtsextremismus organisiert. Eine Schülervertreterin hat mittlerweile bei der Polizei Anzeige erstattet, weil sie nach dem rechten Outing mehrmals telefonisch bedroht worden ist.

Verantwortlich für die Internetseite, auf der es heißt: „Kämpft, um das reine Blut in Euren Venen zu schützen!“, ist nach FR-Angaben ein 19-jähriger Rechtsextremist aus Hersfeld-Rotenburg. Dass es sich bei diesen Aktivitäten gegen Nazigegner nicht um Aktionen von Einzelpersonen handelt, zeigt ein Forumsbeitrag des Mitglieds im hessischen Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten (JN) Manuel von Berg. „Wir brauchen mehr Infos über die Leute aus Kassel, große wie kleine“, forderte der für den Ordnungsdienst der NPD-Jugend zuständige Aktivist.

Peter Nowak

Coup gegen Neonazi-Band

Tonträger mit antisemitischem und beleidigendem Liedgut beschlagnahmt und auf den Index gesetzt.

Ein empfindlicher Schlag gegen die Neonazi-Band „Deutsch Stolz Treu“ (D.S.T; alias „Dr. Sommer Team“ alias „X.x.X.“) und die Hersteller und Vertreiber der 2005 veröffentlichten „D.S.T.“-CD „Die Antwort aufs System“ ist den Berliner Ermittlungsbehörden gelungen. Bei einem groß angelegten Einsatz wurden am 15. Februar 13 Orte in Berlin (fünf Wohnungen, ein Szeneladen), Brandenburg (Szeneladen), Mecklenburg-Vorpommern (eine Wohnung, zwei Geschäfte, Offsetdruckerei), Hessen (CD-Presswerk in Dillenburg) und Nordrhein-Westfalen (CD-Presswerk in Olpe) auf Grundlage von Beschlüssen des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten durchsucht.

Die Polizeibeamten beschlagnahmten bei der Aktion 1 100 CDs, außerdem 1 450 Booklets und diverse Geschäftsunterlagen, cirka 40 T-Shirts (Made in Bangladesh) mit Abzeichen der SS-Panzerdivision „Das Reich“ und SS-Totenköpfen mit „SS-Totenkopf“, eine scharfe Pumpgun mit dazugehöriger Munition, fünf PCs, Druckmaschinen samt Vorlagen und die Master-CD. Die Ermittlungen wegen Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstoßes gegen das Waffengesetz richten sich gegen vier 31 bis 37 Jahre alte Neonazis aus den Berliner Bezirken Friedrichshain, Lichtenberg und Hohenschönhausen.

Auf der CD „Die Antwort aufs System“ befinden sich 13 Lieder, in denen antisemitische und beleidigende Texte Verwendung finden. Für diese CD wurde ein allgemeiner Beschlagnahmebeschluss erwirkt. Außerdem hatte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften mit Wirkung vom 28. Juli 2006 die CD als jugendgefährdend eingestuft. Zum Preis von 15 US-Dollar plus Versandkosten wird die CD allerdings weiterhin vom NS-Devotionalienvertrieb „Micetrap Distribution“ aus New Jersey angeboten.

Die Gruppe „D.S.T.“ wurde 1994 mit der Motivation gegründet, „Musik von Skins für Skins zu machen.“ Zum politischen Hintergrund ihrer Musik erklärte „D.S.T.“: „Unsere Texte behandeln ... die Weitervermittlung ideologischer Werte aus glorreichen Tagen, Sozialkritik und den Aufruf zum ... gegen das von ‘Gott erwählte Volk’. In jedem Falle sollen unsere Texte deutlich machen, dass wir unverhohlen zu dem größten Mann, den das deutsche Volk in seiner über 1000-jährigen Geschichte hervorgebracht hat, stehen.“

Im Frühjahr 2002 führten die Behörden erstmals einen Schlag gegen „D.S.T.“ durch. Beschlagnahmt wurde die CD „Ave et Victoria“. In perfider und aggressiver Weise hetzten die Neonazis gegen Fremde und Juden und glorifizierten den Nationalsozialismus: „Jüdische Brigaden, die ihr noch lebt, hört mir mal zu / Die SS der Neuzeit ist da und bringt euch um eure Ruh / Jüdische Brigaden, Racheengel mit irrem Ziel / Hier kommt der Deutschen Rache / Euer Tod ist beschlossene Sache.“, hieß es da.

Anton Maegerle

Seriöses Erscheinungsbild

In einem internen Strategiepapier werden den NPD-Aktivisten Verhaltensregeln vorgegeben.

Infostände seien für Parteien zur „Verbesserung des eigenen Images“ auch außerhalb von Wahlkämpfen wichtig. In einem internen NPD-Papier wird daher skizziert, wie solche Stände durchzuführen sind, um Bürger anzuwerben und neue „Personalressourcen [zu] erschließen“. NPD-Aktivisten rät der Text zu einem seriösen Erscheinungsbild. Überraschend offen wird erklärt, was man vermeiden soll: „Eindeutige, martialische und nationalistische Tätowierungen sollten durch Kleidung abgedeckt werden“, „Themen wie nationalsozialistische Juden- und Außenpolitik [...] oder Holocaust [mit Passanten] nicht erörtert“ sowie „Gegner, Asoziale“ nicht angesprochen werden. „Dem Feind“ sei „durch schlagkräftige Argumente und mit sauberem, flüssigem, akzentfreiem Deutsch“ entgegen zu treten.

Autor des Papiers, das unter anderem in westdeutschen NPD-Kreisverbänden kursiert und bei NPD-Schulungen eingesetzt wurde, ist Christian Luckau. Der Kölner ist Betreiber der geschichtsrevisionistischen Homepage „deutsche-ehrenmale.de“ und trat als Autor in Erscheinung zu verschiedenen Themen, unter anderem für die NPD-Köln. Mittels des Strategiepapiers soll es „der Organisation“ möglich werden, ihre „Mitglieder stetig zu erweitern und aktive Mitglieder hinzu zu gewinnen oder bestimmte[n] Personenkreise[n] ein neues Bild über sich zu geben!“ Für das Gespräch mit Passanten müsse „der Aktivist einen besonderen Kenntnisstand über politische Kernforderungen der Organisation besitzen“. Abschreckende, „typische Kleidung wie in der Skinheadszene“, sei zu vermeiden. „Anzüge hingegen vermitteln dem Bürger ein positives Erscheinungsbild“ und suggerierten Kompetenz und Vertrauen. Überdies sollten in Gesprächen, auf Transparenten, Plakaten und in Flyern „positive Aussagen“ genutzt werden – also wofür man stehe, nicht wogegen.

Infostände seien „ein ideales Mittel um die Systempropaganda abzuwehren“ und die „Schweigespirale“ zu durchbrechen, heißt es weiter. Dem Bürger müsse vermittelt werden, dass der Rechtsextremist kein „stiefeltragender, kurzhaariger, tätowierter, gewaltbereiter Ausländerhasser [ist,] der dem Alkoholismus verfallen und nicht fähig ist, normale Sätze zu einem politischen Thema“ zu formulieren. Alkohol sei bei Infoständen streng verboten, denn: „Infostände sind keine Freizeitveranstaltung, sondern sind Arbeitseinsätze“.

Den Gegner in sachlicher Diskussion „als uninformiert und dumm“ bloßstellen

Bei der effektiven Durchführung der Stände sei es wichtig, Menschen einzuordnen, um sie gezielt ansprechen zu können. Ein Kriterium wäre „Deutscher – Ausländer“. Ansonsten sei etwa zu unterscheiden zwischen „Feind“, „Neutraler“ und „Freund“. Eltern mit quengelnden Kindern seien nicht anzusprechen, da diese derlei als zusätzlichen „Stressfaktor“ ansehen „und somit die Organisation negativ betrachten“ würden. Gespräche mit Passanten müssten überdies intelligent geführt werden. Der „Selbstunterhalter“ sei durch „Stichworte und erfragen in die gewünschte Richtung“ zu lenken. Indes sollte dem „Frager [...] durch gezielte Gegenfragen die Gesprächsinitiative entzogen werden“. Fragen seien dabei jedoch zuvor zu beantworten, denn sonst entstünde „der Eindruck der Inkompetenz“ bei den Rechten.

Gegner müsse man „durch besseres Wissen“ über deren eigene Argumente in sachlicher Diskussion „als uninformiert und dumm“ bloßstellen, so dass sie rasch den Infostand wieder verlassen und die NPD-Aktivisten ihre „eigentliche Aufgabe weiter ausführen“ könnten. Interessierten indes müsse tolerant entgegen getreten werden, wobei „Schocktherapien unbedingt zu vermeiden“ seien. „Da der Bürger durch die Systemmedien stark desinformiert ist, könnten unsere Argumente für ihn schnell weltfremd und irreal wirken, es gilt unbedingt schonend vorzugehen“, heißt es in dem Luckau-Papier. Bürgern, die die Gespräche mit den Aktivisten auf „Sonderthemen“ wie „nationalsozialistische Juden- und Außenpolitik [...] oder Holocaust“ zu lenken versuchten, müsse man „deutlich machen, dass für uns die Zukunft zählt und durch ... schwelgen in der Vergangenheit keine positive Veränderung für die Zukunft erreicht werden kann.“

Tobias Fischer

Grauzone

„Politische Wirrköpfe"

Eine Ansammlung von dubiosen Gesundbetern und Fanatikern des Deutschen Reiches.

Die „Interim Partei Deutschland – Das reicht!" (IPD) hat ihre Bundeszentrale im südlichen Schleswig-Holstein vor den Toren Hamburgs aufgeschlagen. Seitdem bekannt wurde, dass die IPD sich ihren Sitz in dem 9600 Einwohner zählenden Großhansdorf ausgeguckt hat, sind die Kommunalpolitiker vor Ort genauso alarmiert wie der Verfassungsschutz in Kiel. Letzterer bezeichnet die Organisation, die offenbar plant, bei den Bürgerschaftswahlen 2008 in Hamburg zu kandidieren, als „politische Wirrköpfe".

Die Gruppierung ist schon seit Jahren besonders im nördlichen Teil Deutschlands organisiert und aktiv. In Großhansdorf residiert sie in einer vornehmen Villa mit riesigem Grundstück mitten in einem Wohngebiet. Hunde bewachen das Areal. Zu dortigen Treffen versammeln sich schon einmal bis zu 30 Fahrzeuge in der Anrainerstraße. Unter der Adresse trifft man offiziell die Heilpraktikerin Heidrun Seip an. Ihr Domizil ist zur Zwangsversteigerung ausgeschrieben. Seip, selbst offenbar IPD-Vorstandsmitglied, gewährt aber noch zwei weiteren IPD-Vertretern Wohnrecht. Der 1. Vorsitzende der IPD, Edgar Romano Ludovici, der seinen Namen mit einem Doktortitel schmückt, gibt nach Kenntnis der „Nordwestzeitung" seine Herkunft ebenfalls mit Großhansdorf an. Er gibt sich mal als Arzt, mal als Rechtsanwalt aus.

Neben den in Großhansdorf beobachteten Aktivitäten hat die IPD auch im nahe gelegenen Uetersen zwei Veranstaltungen durchgeführt. Als Kontaktperson, die nötige Räumlichkeiten organisierte, hat sich Jan Hildebrandt erwiesen. In seinem Umfeld der Fußballmannschaft aus Uetersen versuchte Hildebrandt, sein politisches Gedankengut vorzutragen. Nach Bekanntwerden der IPD-Zusammenhänge haben sich die Kicker von ihm getrennt. Nun schnürt er für einen unterklassigen Klub in Elmshorn die Fußballschuhe.

Diverse Sympathisanten der IPD sitzen weit verstreut im norddeutschen Raum. Aus Celle meldete sich per Brief an die Großhansdorfer Gemeindefraktionen ein Gesinnungsfreund, der bereits eine Lanze für den umstrittenen selbst ernannten Vertreter der Germanischen Neuen Medizin (GNM), Ryke Geerd Hamer, brach, dem 1986 die Zulassung zur Ausübung des Arztberufes entzogen wurde. Hamer war wegen seiner medizinischen Scharlatanerie bereits in Frankreich inhaftiert. Er mimt den Heilprediger, der propagandistisch antijüdische Muster aus dem Nationalsozialismus aufnimmt. In Norddeutschland gibt es diverse Stammtische mit GNM-Anhängern, und im Internet wird in Foren mit und über Hamer diskutiert.

Eine Zusammenkunft der IPD in Bad Zwischenahn im Spätherbst 2006 wurde von Elstrud Consoir mit angeschoben, die als Naturheilpraktikerin wirkt. Neben Ludovici, der sich auch als Vertreter ganzheitlicher Heilmethoden ausgibt, war dort auch Stefan Andreas Görlitz Referent, der sich als Homo-Toxikologe bezeichnet. Görlitz führte auch in Uetersen das Wort. Eine Besucherin war entsetzt, was sie dort zu hören bekam. Sätze wie „bis 2005 galt in Deutschland alliiertes Besatzungsrecht" oder „im Geschichtsunterricht an den Schulen wird die Zeit von 1933 bis 1945 immer noch durch die Brille der Sieger betrachtet" sollen gefallen sein, berichten die „Uetersener Nachrichten". IPD-Verbindungen bestehen auch zu Jürgen Michael Wenzel (Clausthal). Er wirbt für die so genannte Kommissarische Reichsregierung, die die völkerrechtlichen Verfassungsstatuten Deutschlands nicht anerkennt, und da schließt sich inhaltlich wieder der Kreis zur IPD.

Dass solches Gedankengut sich in Großhansdorf breit macht, wundert nicht unbedingt. Jahrelang lebte dort mit dem inzwischen verstorbenen Adolf F. Ventker der Bundesvorsitzende vom „Bund der Goden" – ein neuheidnischer Zusammenschluss mit inhaltlich arisch-völkischen Versatzstücken aus der NS-Ideologie. Jüngst outete sich mit Heinz Plewka ein weiterer Großhansdorfer mit ewiggestrigem Gedankengut, sodass ein Zeitzeugen-Kreis sich genötigt sah, sich von ihm zu distanzieren. Bereits ein von ihm verfasster Leserbrief revanchistischen Inhalts in dem Blättchen des örtlichen Heimatvereins ließ tief blicken – übrigens der Verein, bei dem sich auch Ventker wohl fühlte, dessen Witwe bekennende Anhängerin des Bruno-Gröning-Freundeskreises ist, einer Sekte mit geistheilerischen Inhalten, der allgemein medizinische Inkompetenz, sprich Kurpfuscherei, nachgesagt wird.

Horst Freires

Seitenblick

Drohung mit juristischer Keule

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens rufen die Bürger Sachsen-Anhalts auf, am 22. April zur Wahl zu gehen, um Erfolge der Rechtsextremen zu verhindern.

Angesichts erschreckend geringer Wahlbeteiligungen bei der vergangenen Landtagswahl, aber auch bei voran gegangenen Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen in Sachsen-Anhalt ruft die Initiative die Bürger auf, am 22. April zur Wahl zu gehen. Für neun zum 1. Juli neu gebildete Landkreise werden an diesem Tag die Kreistagsabgeordneten und die Landräte gewählt. In einigen Kommunen finden zudem Bürgermeisterwahlen statt. „Wahlmüde sein – das ist möglich. Gründe gäbe es einige“, heißt es in dem Offenen Brief, der dafür werben soll, trotz mancher Bedenken „unbedingt zur Wahl zu gehen“. Alles andere würde nur die Rechtsextremen in Sachsen-Anhalt stärken. Bei den Wahlen würden sich die Damen und Herren von NPD und DVU und die rechtsextremen Kameradschaften auf alle Fälle ins Zeug legen. Die seien „gefährlich für Deutschland und Sachsen-Anhalt, weil sie das gesellschaftliche und politische Klima durch Lügen und populistische Parolen vergiften, weil sie immer wieder durch menschenverachtende Parolen und gewalttätige Übergriffe – auf Ausländer, Behinderte und anders Denkende – auffällig geworden sind“.

Initiator des Offenen Briefes ist Hans-Jochen Tschiche, einstiger Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, heute Vorsitzender des Vereins „Miteinander e.V.“. Zu den Erstunterzeichnern des Briefes zählen namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kirche, Kultur und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt. Tschiche betrachtet den Termin für die Kommunalwahlen nicht ohne Sorge. Nur zwei Tage vorher jährt sich der Geburtstag Adolf Hitlers, der auch in zahlreichen Städten und Ortschaften des Bundeslandes regelmäßig Rechtsextremisten als „Führers Geburtstag“ feierlich begangen wird. „Das könnte das Mobilisierungspotenzial der Rechtsextremen zu den Wahlen sogar noch erhöhen“, meint nicht nur Tschiche.

Reaktionen auf den Offenen Brief gab es prompt, und zwar sowohl seitens der NPD als auch der DVU. „Meine Mandantin verwehrt sich gegen den infamen Vorwurf der Verbreitung von Lügen, also von wider besseren Wissens aufgestellten Falschbehauptungen“, schrieb NPD-Anwalt Andreas Wisuschil aus Rosenheim in etwas holperiger Orthographie und Grammatik. Beauftragt ist er laut eigenem Schreiben von der Bundes-NPD. Strafanzeige, Strafantrag und strafrechtliche Privatklage behält sich Wisuschil in seiner Forderung einer Widerrufs- und Unterlassungserklärung ebenso vor wie die Geltendmachung weiterer Ansprüche, „insbesondere von Schadensersatzansprüchen“.

Zurückhaltender bleibt da das Schreiben von Kurt Schöfisch, Diplom-Betriebswirt aus Düsseldorf, der sich in seinem Brief als Vorstandsmitglied der DVU Düsseldorf zu erkennen gibt, zugleich aber mitteilt, dass er auch die NPD Mettmann vertritt. Er fordert Tschiche auf, die Behauptungen in dem Offenen Brief zu belegen. Für den Fall, dass ein solcher Beweis nicht möglich sei, droht Schöfisch an, seine Mandanten zur Klage zu ermuntern.

Von den Landesverbänden der NPD und der DVU gab es bislang noch keinerlei Reaktionen auf den Offenen Brief. Was kaum verwundern mag. Denn Andreas Karl, erst jüngst im Amt bestätigter Landsvorsitzender der NPD in Sachsen-Anhalt, hat derzeit offenbar ganz andere Dinge zu tun. Der in Insolvenz gegangene Dachdeckermeister plant offensichtlich, eine mögliche NPD-Fraktion im künftigen Landkreis Burgenland zu einem familiengeführten Unternehmen zu machen. Neben ihm kandidieren zwei weitere Familienmitglieder als Spitzenkandidaten auf den NPD-Kandidatenlisten in unterschiedlichen Wahlbereichen des künftigen Kreises. Karl selbst ist derzeit noch Kreistagsmitglied in Blankenburg im östlichen Südharz. Bei der letzten Bundestagswahl kandidierte er entsprechend der Absprachen im Rahmen des Deutschland-Paktes zwischen NPD und DVU auf Platz zwei der DVU-Landesliste. Als Direktkandidat im Burgenland errang er ein Erststimmenergebnis von 4,7 Prozent und damit das beste Ergebnis der NPD in Sachsen-Anhalt. Auf der von der NPD selbst veröffentlichten Liste der Spitzenkandidaten in den Wahlbereichen des künftigen Burgenlandkreises tauchen neben seinem eigenen Namen auch Helga Karl und Daniela Karl auf.

Eberhard Löblich

Demokratische Initiativen

Ein „Querschnittsthema“

Der Kampf gegen Rechtsextremismus als „Kernbereich des Selbstverständnisses der Gewerkschaften“.

Wie umgehen mit rechten Einstellungen und rechter Gewalt? Diese Frage stellt sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Dass man „agieren und nicht nur reagieren“ muss, darüber waren sich die Teilnehmer einer Diskussion am 22. Februar 2007 im Berliner DGB-Haus einig.

Als einen Grund für die Verbreitung rechter Einstellungen in der Bundesrepublik nannte Doro Zinke, stellvertretende Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, dass auch die Gewerkschaften keine „schlüssigen Antworten auf die Zukunftsfragen“ geben könnten. Es seien Leute, „die etwas zu verlieren“, die „Angst vor dem Morgen“ hätten, die autoritären Denkweisen zugeneigt seien. Der DGB aber würde sich mit den aktuell dringenden Fragen, wie beispielsweise der Internationalisierung des Kapitals, kaum auseinandersetzen. Deshalb könne er den Menschen keine „realistische Gegenperspektive“ bieten. Vielmehr sei auch das Weltbild des DGB oftmals „eingeschränkt“, was die Anschlussfähigkeit an rechtes Gedankengut erhöhen würde, so Zinke. Außerdem würden die Gewerkschaften zu wenig „Lebenszusammenhänge organisieren“. Genau dies aber würden die Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern tun, wenn sie beispielsweise Nachhilfeunterricht oder Arbeitslosenberatungen anbieten.

Auch Klaus Abel von der IG Metall Berlin betonte, dass Ängste und Sorgen um den Arbeitsplatz ein „Einfallstor für rechte Positionen“ seien. Gerade bei der sich international zuspitzenden Konkurrenzsituation müssten die Gewerkschaften verstärkt auf internationale Solidarität setzen, statt nur auf die eigene Standortsicherung. Ein solches solidarisches Handeln auf internationaler Ebene sei eine richtige Antwort auf die Konkurrenzfrage und eine Strategie gegen rechtsextremes Gedankengut. Abel nannte aber auch die Unterstützung von Demonstrationen gegen rechte Aufmärsche und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien in den Parlamenten als wichtige Elemente einer Strategie gegen Rechts.

Weitere Beispiele für Handeln gegen Rechtsextremismus auf gewerkschaftlicher Ebene stellte eine Vertreterin der AG Rechtsextremismus bei ver.di Berlin-Brandenburg vor. Diese Arbeitsgemeinschaft bietet konkrete Hilfe für Betriebs- und Personalräte, für Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie für Betriebsgruppen bei der Erstellung von Betriebs- und Dienstvereinbarungen oder bei der Durchführung von Sitzungen, Betriebsversammlungen und Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus an. Die AG „Rechtsextremismus“ führt aber auch eigene Veranstaltungen durch. So ist für dieses Jahr ein Seminar zum Thema „Echte Ängste – falsche Lösungen“ geplant, das sich mit den Sorgen der Menschen beispielsweise vor dem Arbeitsplatzverlust und den falschen Antworten der Rechtsextremen auf diese Ängste befasst.

Einen Blick über die Grenze bot Marion Kuschnerus mit einem Beitrag über Strategien gegen das Erstarken der British National Party (BNP). In Großbritannien, so berichtete das Mitglied des Betriebsrates der Berliner Schaubühne, hätte eine gewerkschaftliche „lokale Graswurzelarbeit“ den Einfluss der BNP zurückdrängen können. Dies hätten Gewerkschafter in Zusammenarbeit mit der Labor-Party und mit antifaschistischen Organisationen unter anderem dadurch geschafft, dass sie Flugblätter und Massenzeitungen herausgebracht hätten, in denen sie die Argumente der Rechtsextremen aufgegriffen und widerlegt hätten. Aber auch die große Energie, die die Gewerkschaftsmitglieder in diese Arbeit gesteckt hätten, habe zum Erfolg mit beigetragen. So seien die Engagierten von Haus zu Haus gegangen, um ihre Schriften zu verteilen und mit den Anwohnern zu diskutieren.

Professor Bodo Zeuner bezeichnete abschließend den Kampf gegen Rechtsextremismus als „Kernbereich des Selbstverständnisses der Gewerkschaften“. Er sei ein „Querschnittsthema“ und müsse deshalb auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt werden. Die oben genannten Beispiele zeugen von der Vielfältigkeit der Möglichkeiten im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Joachim Wolf

Ausland

„Stimme des Blutes“

Neonazi-Aufmarsch zum „Tag der Ehre“.

Rund 1 000 Rechtsextremisten aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, England, Kroatien, Österreich, Schweiz, Slowenien, Tschechien und Ungarn marschierten am 10. Februar anlässlich des „Tages der Ehre“ auf dem Heldenplatz in Budapest auf. Die traditionelle Gedenkfeier zu Ehren der gefallenen Soldaten der Waffen-SS gilt als Pendant zum Dresdner Neonazi-Marsch im gleichen Monat. Veranstalter des „Tages der Ehre“ unter dem Motto „Uns ruft die Stimme des Blutes!“ war die „Bewegung für die Einheit der Heimat“, ein Ableger der im Dezember 2004 von den Behörden verbotenen Neonazi-Organisation „Ver es Becsület“ („Blood & Honour“) von Illes Zsolt.

Redner waren neben den Ungarn Tudos-Takacs Janos und Eröss Zoltan der englische „Blood&Honour“-Kader Stephen (Swiny) Swinfen sowie die NPD-Funktionäre Udo Voigt (Bundesvorsitzender), Eckart Bräuniger (NPD-Landesvorsitzender Berlin) und Matthias Fischer (NPD-Landesvorstandsmitglied Bayern). Bräuniger war Mitglied der 1995 verbotenen Neonazi-Organisation FAP. Im April 2004 nahm ein Sondereinsatzkommando der Polizei den einstigen Kroatien-Söldner fest, als er mit weiteren Mitgliedern der „Kameradschaft Nordland“ Wehrsportübungen in einem Brandenburger Waldstück absolvierte. Bräuniger trat in den vergangenen Jahren mehrfach als Redner beim Waffen-SS-Gedenken in Budapest auf. Fischer war Mitgründer und Anführer der militanten Neonazitruppe „Fränkische Aktionsfront“, die 2004 verboten wurde. Im bayerischen NPD-Vorstand Bayern ist Fischer zuständig für den Kontakt zu freien Kameradschaften.

Nach der Gedenkkundgebung fand in der Nähe von Budapest in Nogradsap ein Konzert statt. Geladen waren die Bands „Titkolt Ellenallas“, „Verszerzödes“, „Hunor“, „Arcvonal“ und „Section 88“. Lobend erwähnt der Szenebericht eines Neonazis aus dem nordbadischen Mannheim, dass beim Konzertabend der „europäische Geist der Truppen in Schwarz“ auflebte.

Anton Maegerle

Rezension

Gedächtnis der Lebenden

Eine Darstellung der Geschichte zweier jüdischer Friedhöfe in Berlin.

„Jüdische Friedhöfe“, so Michael Brocke, der Herausgeber der beiden sorgfältig gearbeiteten und materialreichen Studien, „dienen dem göttlichen und dem menschlichen Gedenken der Toten. Sie stützen auch das Gedächtnis der Lebenden, das sich jüdisches Verständnis als ‘Langzeitgedächtnis’ wünscht – damit sind sie wichtigste, zugleich umstrittene und gefährdete Kommunikationsräume jüdischen Lebens, jüdischer Geschichte und Kultur.“

Die Geschichte des ältesten Berliner jüdischen Friedhofs Große Hamburger Straße in Berlin-Mitte, im Jahr 1672 angelegt und in der NS-Zeit zerstört, wird von Nathanja Hüttenmeister aus den Quellen dargestellt und, auf ihnen und der Analyse der Grabsteine und Inschriften aufbauend, rekonstruiert. Ein schematischer Lageplan gibt eine Vorstellung davon, wie er einst ausgesehen hat.

Ebenfalls auf der Auswertung zeitgenössischer Quellen beruht die Studie von Christiane F. Müller über den Friedhof Schönhauser Allee im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg. Dargestellt werden zunächst die zehnjährigen Auseinandersetzungen zwischen Orthodoxen und Reformern, die der Eröffnung des Friedhofs im Jahre 1827 vorausgingen. Es folgen eine Beschreibung von Ort und Anlage sowie die Analyse der Inschriften aus den ersten beiden Jahren. Sie werden im Anhang, der auch einen für Besucher sehr nützlichen Lageplan und das Verzeichnis der Erbbegräbnisse enthält, zweisprachig wiedergegeben.

Theo Meier-Ewert

Nathanja Hüttenmeister/Christiane E. Müller, Umstrittene Räume: Jüdische Friedhöfe in Berlin. Große Hamburger Straße und Schönhauser Allee, Metropol Verlag, Berlin, 2005, 443 Seiten, 21,-EUR

Blick in die Zeitgeschichte

Beteiligung am Holocaust

Die Kollaboration mit den NS-Besatzern war in den drei baltischen Staaten weitreichend.

Nicht nur Experten dürften Fotos aus dem Jahr 1942 im Baltikum gesehen haben: Einheimische in weißen Hemden und aufgekrempelten Ärmeln erschlagen mit langen Eisenstangen vorwiegend ältere Männer. Im Hintergrund stehen deutsche Soldaten und feixen. Solche Fotos fehlen in kaum einem Bildband über den Holocaust in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. In keinem anderen von Deutschen besetzten Staat war die Bereitschaft zur Kollaboration so groß wie im Baltikum. Davon war schon vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion viel bekannt. Die systematische Erforschung der Jahre von 1941 bis 1989 konnte aber erst nach der Befreiung der drei Länder von der Kremlherrschaft beginnen.

Als die Wehrmacht einen Tag nach dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 ins Baltikum einrückte, wurde sie vielerorts begeistert begrüßt. Große Teile der Bevölkerung sahen in den Deutschen die Befreier von der Sowjetherrschaft. Sie hofften, endlich wieder in selbständigen Staaten leben zu können. Dass sie sofort auch aktiv bei der Verfolgung der einheimischen Juden mitmachen würden, überraschte indes sogar die Besatzer, die sofort mit der „Endlösung“ begannen. Besonders in Litauen war die Kollaboration durch das berüchtigten Arajs-Kommando spontan, bereitwillig und grausam. Die oben beschriebenen Fotos beweisen das überzeugend. Bereits im Juli 1941 organisierten die deutschen „Einsatzkommandos“ der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes den planmäßigen Massenmord am baltischen Judentum, immer unterstützt von Esten, Letten und Litauern. In der zweiten Phase des baltischen Holocaust von Januar 1942 bis März 1943 errichteten die Besatzer in großen Städten wie Riga und Vilnius Ghettos, um die jüdischen Häftlinge als Zwangsarbeiter auszubeuten. In der dritten und zugleich letzten Phase von April 1943 bis Juli 1944 wurden die letzten Überlebenden in Konzentrationslager wie Stutthof bei Danzig verschleppt und ermordet – in zu Gaskammern umgebauten Güterwaggons. Einer dieser luftdicht gemachten Reichsbahnwagen kann in der Gedenkstätte Stutthof besichtigt werden.

In Estland saß die Zentrale des „Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD“ in Reval, heute Tallin. Sie hatte eine weitgehend selbständige Abteilung, in der nur Esten tätig waren, also Kollaborateure. Die Aufsicht lag zwar bei der SS, die aber hatte das ganze Land mit Außenstellen überzogen, ohne deren Informationen nicht so viele Widerstandskämpfer, „Zigeuner“ und Juden aufgestöbert, festgenommen und ermordet worden wären. Strafverfahren gegen diese Kollaborateure hat es nicht gegeben. Die meisten sind in die USA emigriert und haben als angeblich von den Kommunisten Verfolgte die US-Staatsbürgerschaft erhalten. Nach der Wende in die Heimat Abgeschobene brauchten keinen Prozess zu fürchten. Das lettische Parlament hat das gesetzlich geregelt. Wer auf deutscher Seite gegen die Rote Armee gekämpft hat, genießt unverändert hohes Ansehen. Nicht anders ist es in Litauen. Sein erster Staatspräsident V. Landsbergis machte sich 2005 in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ über Deutschlands Auseinandersetzung mit der NS-Zeit lustig. Versuche, Kollaborateure vor Gericht zu bringen, scheiterten ebenso wie in Lettland am Parlament.

Dagegen werden sowjetische Ehrenmale unter anderem mit SS-Runen beschmiert. Das estnische Parlament hat in diesem Januar ein Gesetz verabschiedet, das es möglich macht, alle sowjetischen Ehrendenkmäler im Land zu demontieren und die gefallenen sowjetischen Soldaten umzubetten. Ursprünglich war den Angehörigen das „ewige Ruherecht“ versprochen worden. Der Bürgermeister der westestnischen Kleinstadt Lihula, Ansip Madisson, brüstet sich mit seinem Buch „Holocaust: Die schlimmste zionistische Lüge des 20. Jahrhunderts“. Ihm verdankt seine Gemeinde ein Denkmal für die ehemaligen freiwilligen estnischen Waffen-SS-Veteranen, das im August 2004 aufgestellt wurde. Es sollen 100 000 junge Männer gewesen sein. Es gab estnische Einsatzgruppen, die dem Sonderkommando 1a von Martin Sandberger unterstanden – einem besonders gefürchteten SS-Führer. Aktionen zu Ehren baltischer SS-Angehöriger gibt es in allen drei Staaten. Sie werden von deutschen Veteranenverbänden personell und finanziell unterstützt. Ob das so bleibt, wenn die letzten „alten Kämpfer“ gestorben sind, kann derzeit niemand sagen. *Heiner Lichtenstein*

Meldungen

Jürgen Rieger führt Hamburger NPD

Hamburg – Der Blankeneser Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist am 25. Februar von den Delegierten der NPD Hamburg zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Nach internen Querelen war die bisherige Landesvorsitzende Anja Zysk mit dem gesamten Vorstand zurückgetreten. Bei den Neuwahlen kandidierte sie erneut, unterlag aber gegen ihren Kontrahenten Jürgen Rieger, der 18 Stimmen bekam – für Zysk hatten dagegen nur drei Delegierte gestimmt. Damit scheint ein weiterer NPD-Landesverband von ehemaligen freien Kräften dominiert zu werden. Als Drahtzieher des internen Putsches vermuten Kenner der Szene neben den beiden NPD-Bundesvorständlern Jürgen Rieger und Thomas Wulff, das „Aktionsbüro Nord“ um Tobias Theissen. Auch bei den anstehenden Neuwahlen des Landesvorstandes der NPD am 11. März in Niedersachsen könnte es zu einem Wechsel kommen. Gegen den als gemäßigt geltenden Nationaldemokraten Ulrich Eigenfeld wird vermutlich Landesvize Adolf Dammann antreten. Ein Gegenkonzept zu den Wahlplänen von Eigenfeld soll der pensionierte Bankfilialenleiter intern bereits vorgelegt haben, er plädiert für eine engere Zusammenarbeit mit der radikaleren Kameradschaftsszene. (ar)

Wunsiedel wehrt sich

Wunsiedel – In der oberfränkischen Stadt Wunsiedel wird es kein von Neonazis geplantes Rudolf-Heß-Zentrum geben. In der 10 500 Einwohner zählenden Gemeinde, in der sich die Grabstätte des Hitler-Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Heß befindet, wollen Rechtsextremisten sich immer wieder in Szene setzen. Zum Heß-Todestag gab es in der Vergangenheit regelmäßig Versuche von Aufmärschen, die mal erlaubt, mal verboten wurden. Im Vorjahr wollte die rechte Szene sich einen ehemaligen Möbelfabrikkomplex kaufen, was aber nicht zuletzt auch durch städtische Diplomatie verhindert werden konnte. Als Ende 2006 ernste Kaufabsichten für einen Gastronomiebetrieb in Wunsiedel durch den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus dem NPD-Bundesvorstand vorangetrieben wurden, blieben die städtischen Gremien nicht tatenlos. Schließlich hat die Stadt jetzt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht und damit Rieger und Co. abblitzen lassen. Neben einem Heß-Gedächtniszentrum war auch – so jedenfalls Bekundungen auf der Internetseite der „Kameradschaft Hochfranken“ – geplant, die Immobilie als Schulungsstätte und Wahlkampfzentrale in Bayern zu nutzen. Ende der 90er Jahre war der Versuch von Neonazis, die ehemalige Heß-Villa im nahe gelegenen Reicholdsgrün zu kaufen, ebenfalls gescheitert. Die Gemeinde sicherte sich Haus und Grundstück, was dann kurz darauf abgerissen wurde. Unterdessen hat der Verwaltungsgerichtshof in München jetzt auf Anfrage mitgeteilt, dass mit einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren zu den Rudolf-Heß-Aufmärschen im August in Wunsiedel, die 2005 und 2006 nach Eilverfahren gerichtlich untersagt wurden, wohl im April zu rechnen sein dürfte. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de